

Martin Schöffel, MdL

Maximilianstr. 21
95632 Wunsiedel

Tel: 09232/ 9155-250

Fax: 09232/ 9155-251

Mail: buero@martin-schoeffel.de



03.05.2014

Pressemitteilung

Städtebauförderung belebt Kommunen

Die Städtebauförderung unterstützt bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen. Im Jahr 2013 flossen 20% der bayerischen Gesamtfördermittel in der Städtebauförderung nach Oberfranken. Für 2014 stocken Bayern und der Bund die Fördermittel nochmals um 49 Mio. Euro auf insgesamt 201 Mio. Euro auf.

Auf Einladung von Landtagsabgeordnetem Martin Schöffel besuchte Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr die 2. Stimmkreis Konferenz Kulmbach-Wunsiedel in Fichtelberg mit dem Themenschwerpunkt *„Zukunft der Städtebauförderung zur endgültigen Bewältigung des Strukturwandels“*.

Zusammen mit Marion Resch-Heckel, Bereichsleiterin Planung und Bau von der Regierung von Oberfranken und dem Ersten Bürgermeister von Wunsiedel Karl-Willi Beck diskutierten Mandats- und Funktionsträger der CSU im Stimmkreis Kulmbach-Wunsiedel dieses aktuelle Sachthema.

Martin Schöffel: *„Strukturelle Veränderungen wie der demografische Wandel oder wirtschaftliche Umbrüche stellen viele Kommunen in Oberfranken heute und in den kommenden Jahren vor große Herausforderungen in der Siedlungsentwicklung. Zu Bewältigung dieses Strukturwandels ist die Städtebauförderung ein sehr wichtiges Instrument.“*

Einleitend erläuterte Marion Resch-Heckel strategische Ansätze und Ziele einer zukunftsorientierten Ortsentwicklung. Veränderte Strukturen wie Leerstände, sinkende Einwohnerzahlen oder mehr ältere Bürger führten zu neuen Ansätzen zukunftsorientierter Ortsentwicklung. Ziel muss es sein, Innenstädte und Ortskerne zu stärken und attraktivieren. Der Umbau von Wohnquartieren, die Neunutzung innerörtlicher Brachflächen, die Stärkung regionaler Potentiale und der Identität des Ortes sind dabei wichtige Maßnahmen, so die Expertin. Mit verbesserten Rahmenbedingungen für Familien und Senioren könne der Abwanderung entgegengewirkt werden und unsere Städte und Gemeinden für Neubürger attraktiv werden. Nur durch aktives gemeindliches Vorgehen, der Erstellung zielorientierter Entwicklungskonzepte, Schaffung bedarfsgerechten Wohnraums, Sicherstellung der Nahversorgung oder interkommunaler Zusammenarbeit könne dies gelingen. Voraussetzungen zur Umsetzung seien politischer Wille zu entsprechenden Veränderungen und die Motivation der Bürger ebenso wie qualifizierte Planungen und finanzielle Unterstützungen. Die Städtebauförderung ist an dieser Stelle ein wichtiger Partner.

In Ergänzung zu den von Marion Resch-Heckel und Karl-Willi Beck gezeigten Beispielen aus Oberfranken stellte Staatsminister Joachim Herrmann im Hauptreferat anhand weiterer gelungener Projekte in der Region laufende Programme der Städtebauförderung vor und erläuterte die finanzielle Ausstattung für Oberfranken. Im Jahr 2013 erhielt Oberfranken mehr als 31 Mio. Euro aus Städtebauförderungsprogrammen, dies sind 20% der ausgereichten Gesamtfördermittel in Bayern. Ganz besonders profitiert hat der Regierungsbezirk durch das von Martin Schöffel und seinem Kollegen Alexander König initiierte Industriebranchenprogramm. Rund 80% der Mittel dieses Sonderförderprogramms flossen in den Regierungsbezirk Oberfranken und halfen bei der Beseitigung oder Wiederbelebung manch unschöner Gebäudesubstanz, so der Minister. In diesem Jahr erhalte Oberfranken 4,289 Mio. Euro für die Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebranchen und Militärkonversion. Eine positive Entwicklung erfahre der Bewilligungsrahmen sowohl für die Städtebau- wie auch die Wohnraumförderung in Bayern, dieser werde für 2014 stark erhöht. Bundes- und Landesmittel für die Städtebauförderung werden um 49 Mio. Euro deutlich aufgestockt, so dass sich der Gesamtförderrahmen auf insgesamt 201 Mio. Euro erhöht, verdeutlichte Joachim Herrmann.

In seinen Ausführungen betonte der Innenminister weiter, dass Innenentwicklung immer vor Außenentwicklung stehen müsse und die Gemeinden als Vorbilder vorangehen müssten.

Gerade auch für finanzschwache Kommunen müsse eine Chance für städtebauliche Entwicklungen bestehen, betonte Landtagsabgeordneter Martin Schöffel. „Ganz besonders wichtig ist es, dass der kommunale Eigenanteil sichergestellt werden kann. Hier gilt es, die Kommunalfinanzen zu sichern und zu verbessern. Es müssen Stabilisierungshilfen auch teilweise für Städtebaumaßnahmen herangezogen werden können“, so der Appell Schöffels an den Staatsminister. Der Struktur- und Härtefonds müsse allen Kommunen mit knappen Haushalten zur Verfügung stehen. Damit sei eine Förderung von 80% gegenüber den üblichen 60% möglich.

In der folgenden Diskussion wurden Forderungen nach Bürokratieabbau in den Verfahren ebenso laut wie die Notwendigkeit intensiverer Informationen über Fördermöglichkeiten für Privatpersonen wie für Kommunen. Als sehr wichtige Faktoren in der Diskussion um städtebauliche Veränderungen kristallisierten sich „Lebensgefühl“ und „Wohlfühlen“ heraus. Durch kreative Konzepte bei der Stadtbildverbesserung, bedarfsgerechter Angebote für Familie und Beruf wie auch im Tourismus könne man die Menschen in die Region halten und Neubürger holen. Bei den notwendigen Impulsen z. B. durch Behördenverlagerung, Bildungseinrichtungen oder Ausbau der Infrastruktur sagte Staatsminister Herrmann seine volle Unterstützung zu.

„Wir haben in unseren Städten und Gemeinden bereits große Erfolge erzielen können, haben aber noch viele „Baustellen“ vor uns. Als einen ganz wichtigen Aspekt in diesem breit angelegten Erneuerungsprozess halte ich die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Bürgern. Nur gemeinsam können wir das Ziel lebendiger, attraktiver und funktionsfähiger Ortskerne bewältigen“, betont Martin Schöffel.

Abschließend bedankte sich der Landtagsabgeordnete bei den Referenten und Gästen und sicherte seine Hilfe bei anstehenden Projekten zu.

Hintergrundinformationen:

Städtebauförderung über Bund und Land:

aktuelle Handlungsschwerpunkte sind die Stärkung der Innenstädte und Ortsmitten, die Fortentwicklung von Stadt- und Ortsteilen mit besonderem wirtschaftlichem oder sozialem Entwicklungsbedarf sowie die Revitalisierung städtebaulicher Strukturen aufgrund von Funktionsverlusten

Programme zur Städtebauförderung:

Bund-Länder-Programme:

- %Stadtumbau West% seit 2004
(Bsp. sNeues Schumannareal% in Arzberg)
- sSoziale Stadt% seit 1999
- sLeben findet Innenstadt . Aktive Stadt- und Ortsteilzentren% seit 2008
> aktive Beteiligung von Bürgern, Wirtschaft und Immobilieneigentümern
- sKleinere Städte und Gemeinden . überörtliche Zusammenarbeit und Netzwerke% seit 2010
- städtebaulicher Denkmalschutz

Bayerisches Städtebauförderungsprogramm

Bayerisches Sonderprogramm Revitalisierung von Industrie- und Gewerbebrachen

(Bsp. Industriebrache sAlte Spinnerei% in Kulmbach und Mainleus, ehem. Porzellanfabrik Winterling in Arzberg, Kirchenlamitz, Röslau und Marktleuthen, ehemalige Porzellanfabrik Hutschenreuther in Selb, ehemalige Porzellanfabrik Retsch in Wunsiedel)

Bayerisches Sonderprogramm Militärkonversion

Kommunaler Entwicklungsfonds:

Förderinstrument in der Städtebauförderung zur Stärkung der Rolle der Kommunen im Immobiliengeschäft; es wird den Städten und Gemeinden ein selbständig verwaltbares Budget zur Verfügung gestellt für Gebäudeerwerb, wichtige Voruntersuchungen (z.B. Wertgutachten), Einleitung wichtiger Entwicklungsschritte, möglich ist auch Teilsanierung

Kommunaler Eigenanteil:

Grundvoraussetzung für die Förderung einer Maßnahme im Rahmen der Städtebauprogramme ist die Beteiligung der Kommune mit einem Eigenanteil an den förderfähigen Kosten

Struktur- und Härtefonds:

Unterstützung besonders struktur- und finanzschwacher Gemeinden durch erhöhten Fördersatz von 80%, üblicher Fördersatz sonst 60%

Städtebauförderung in Oberfranken:

zugewiesene Mittel 2009-2013: 135.579.200 Euro
davon für den Landkreis Kulmbach: 11.363.000 Euro
davon für den Landkreis Wunsiedel: 24.024.000 Euro

Wohnraumförderung in Oberfranken:

zugewiesene Mittel 2009-2013: 130.790.683 Euro
davon für den Landkreis Kulmbach: 4.900.758 Euro
davon für den Landkreis Wunsiedel: 8.900.600 Euro

Informationen und Förderrichtlinien:

Regierung von Oberfranken, Frau Marion Resch-Heckel
Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr